

Eingelangt am: 26.03.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen

betreffend verstärkter Rückzug von Frauen aus dem Erwerbsleben als Effekt des Kinderbetreuungsgeldes - erste wissenschaftliche Untersuchung

In einer Untersuchung des Wirtschaftsforschungsinstitutes wurden nun erstmals beschäftigungspolitische Wirkungen des Kinderbetreuungsgeldes analysiert (WIFO Monatsberichte 3/2003). Dabei bestätigte sich die Einschätzung, die bereits die EU-Kommission in ihrem Prüfbericht zum österreichischen NAP im September 2002 äußerte, dass nämlich das Kinderbetreuungsgeld den Anreiz für Frauen, nach der Geburt (wieder) einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, verringern könnte.

Konkret kommt die Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes, bei der Geburten zwischen Mai und August 2000 mit anschließendem Karenzgeldbezug erfasst sind, im wesentlichen zu folgenden Ergebnissen:

- die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den ersten 27 Monaten nach Geburt eines Kindes ist gesunken (die Wiedereinstiegsquote sank innerhalb der ersten 27 Monate nach der Geburt von 53,7% auf 35,2%).
- am stärksten ist dieses Absinken bei jungen Frauen, Frauen mit mehreren Kindern und bei Frauen mit geringen Erwerbseinkommen zu beobachten.
- Seit Inkrafttreten der Übergangsregelungen wurde die Möglichkeit der Karenz durch Männer noch seltener genutzt als davor (ihr Anteil sank von 2,5% auf 2%).

Damit werden in der Praxis zwei ausdrückliche Zielsetzungen des Kinderbetreuungsgeldgesetzes - Ermöglichung eines rascheren, flexiblen Wiedereinstiegs in Berufsleben für Mütter und fairere Verteilung der Betreuungsaufgaben zwischen den Eltern — nicht erreicht bzw. durch die untersuchten Daten sogar konterkariert.

Diese Ergebnisse bestätigen auch die von den Grünen vorgebrachten Befürchtungen betreffend das Kinderbetreuungsgeld und seine Wirkungen: Die Grünen befürworteten zwar immer die Ausweitung der Anspruchsberechtigung beim Kinderbetreuungsgeld auch für nicht erwerbstätige Personen, gleichzeitig forderten sie aber konkrete Anreize, um eine partnerschaftlichere Teilung der Kinderbetreuung zwischen den Eltern zu erreichen sowie veränderte Rahmenbedingungen, die eine

Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kleinkindern fördern
(Kinderbetreuungseinrichtungen, Wegfall der Zuverdienstgrenze beim
Kinderbetreuungsgeld, Verringern der Einkommensschere).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus den Ergebnissen der oben angeführten Studie, die zeigt, dass bisher wichtige Zielsetzungen des Kinderbetreuungsgeldgesetzes in der Praxis nicht erreicht werden?
2. Welche Maßnahmen werden Sie konkret setzen, um das weitere Absinken der Karenzinanspruchnahme durch Männer zu verhindern bzw. um Männer verstärkt zu einer Elternkarenz zu motivieren?
3. Welche Maßnahmen werden Sie konkret setzen, um für Frauen mit Kleinkindern eine verstärkte Erwerbsbeteiligung und damit eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen?